

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:
Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
0151-11201634 – eckehard.niemann@freenet.de

AbL-Pressemitteilung zum Ergebnis der ECHA-Glyphosat-Studie:

AbL: Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich!

AbL fordert „gut-fachliche“ Ackerbau-Strategien gemäß „integriertem Landbau“

Nach der neuen Beurteilung des Total-Herbizids Glyphosat durch die EU-Chemikalien-Agentur ECHA als „nicht krebserregend“ fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) weitere, wirklich unabhängige Studien zu Glyphosat-Risiken und ruft zugleich auf zu einer faktenbezogenen Diskussion über wirkungsvolle ackerbauliche Strategien einer massiven Einsatz- Reduzierung dieses Wirkstoffs.

Das ECHA-Gutachten werde von Umweltgruppen zwar als nicht konzern-unabhängig bewertet, dennoch seien dadurch die Aussichten auf ein Verbot oder eine Nichtverlängerung der Zulassung von Glyphosat deutlich geringer geworden. Trotzdem habe die – in Teilen durchaus auch überspitzte – Glyphosat-Kritik von Umweltverbänden zu einem deutlichen Problembewusstsein in der Gesellschaft und auch bei Landwirten geführt. Diese Debatte müsse nun verstärkt fortgesetzt werden – gerade auch in Richtung auf eine massive Einschränkung des Einsatzes von Glyphosat.

Die AbL verwies darauf, dass sich diese Minimierungs-Strategie beileibe nicht auf nur ein Verbot des Glyphosat-Einsatzes bei der Sikkation, also bei der Abtötung von erntereifen Getreidebeständen zur Ernteerleichterung, beziehen könne. Es müsse nun dringlich eine Rückbesinnung erfolgen auf die „gute fachliche landwirtschaftliche Praxis“ und auf bewährte ackerbauliche Strategien eines ernst gemeinten „integrierten Landbaus“ - der chemischen Pflanzenschutz nur dann erlaube, wenn wirklich alle anderen Maßnahmen eines guten im konventionellen Ackerbaus nicht mehr helfen. Dazu gehöre unbedingt eine vorbeugende Verhinderung und Reduzierung von Problem-Unkräutern und –Ungräsern durch vielfältigere und weitere Fruchtfolgen, durch Bodenbearbeitung und mechanische Unkrautregulierung, durch andere Aussaat-Termine und Pflanzenbestands-Führung oder durch Reduzierung des Unkraut-Lichtangebots durch weniger chemische Halmverkürzung. Es gelte insbesondere, die durchaus boden- und klimaschonende Minimal-Bodenbearbeitung auch ohne chemische Beseitigung des Aufwuchses umzusetzen – also ohne gelb tot-gespritzte und akzeptenzschädliche Flächen in der Landschaft.

Dies alles, so die AbL, müsse durch Beratung und auch durch rasche Aufnahme entsprechender Regeln in die EU-Förderprogramme abgesichert werden. Ernsthaft zu prüfen sei auch die Einführung einer Pflanzenschutz-Steuer, deren Höhe spezifisch nach Risiken und externen Folgen der einzelnen Pflanzenschutzmittel festgelegt werde – und deren Steuereinnahmen unbedingt und vollständig in die

Landwirtschaft zurückfließen müssten, zur Förderung obiger Maßnahmen und zum Ausgleich von Kostennachteilen. Nur in besonderen Fällen werde dann auch noch Glyphosat eingesetzt werden, so AbL-Vertreter Eckehard Niemann, etwa zur umbruchlosen und deshalb klimaschonenden Erneuerung geschädigter Grasnarben auf Grünlandstandorten.

Es ist laut AbL zu erwarten, dass mit dem Ende des bislang sehr umfangreichen Glyphosat-Einsatzes dann auch die weitverbreitete Besorgnis über die gesundheitlichen Folgen dieses Herbizids deutlich eingegrenzt werden könnten. AbL-Vertreter Niemann: „Guter konventioneller Ackerbau (fast) ohne Glyphosat ist möglich – wenn Bauern und Bürger das gemeinsam anpacken!“

3.400 Zeichen – 15.3.2017

<https://echa.europa.eu/-/glyphosate-not-classified-as-a-carcinogen-by-echa>